

BERLIN

DieWoche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Ein ereignisreiches und anstrengendes Jahr liegt hinter uns. Es gilt, für das nächste Jahr Kraft zu tanken, denn es liegt viel Arbeit vor uns: Wir wollen auch 2003 als starke und kompetente Opposition auftreten, die Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen, Bremen und Bayern gewinnen und jederzeit deutlich machen, dass die Union die bessere Alternative für Deutschland ist.

Daher wünsche ich uns allen erholsame und besinnliche Weihnachtstage. Vielleicht finden Sie Zeit, ein wenig zu entspannen und die Seele baumeln zu lassen. Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie Gesundheit, Erfolg und Gottes Segen.

Übrigens: **BERLIN** *DieWoche* erhalten Sie am 18. Januar 2003

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Vermögenssteuer- Zinsabgeltungssteuer... ...S.2
- Hartz trägt die Handschrift der CDU ...S.3
- US- Überflugrechte und AWACS- Flugzeuge ...S.4
- EU- Gipfel in Kopenhagen ...S.5
- Internationale Afghanistan-Schutzgruppe...S.6
- Kassiert Eichel auf Kosten des Sports? ...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Vermögenssteuer- Zinsabgeltungssteuer



▶▶ Die **Vermögenssteuerdebatte** ist der SPD völlig aus dem Ruder gelaufen. Es drohte sogar soweit zu kommen, dass Ministerpräsident Gabriel Unterschriften quasi gegen den eigenen Bundeskanzler sammeln würde. Nun hat die SPD-Führung mit dem Vorschlag einer **Zinsabgeltungssteuer** einen Weg eingeschlagen, den sie erst einmal ihrer Basis und den Wählern erklären muss:

- 5 bis 8 Mrd. Euro Vermögenssteuer sollten nach Gabriels Vorstellungen Jahr für Jahr an die Länder fließen. Bei einer angeblichen Vermögensrückkehr von ca. 100 Mrd. Euro und einer Zinsabgeltungssteuer von 25% ergibt sich hingegen ein jährliches Plus von nur 300 bis 400 Mio. Euro, für alle Länder zusammen. Gabriel darf erklären, wie er damit die selbst eingestandenen Defizite in Niedersachsens Bildung finanzieren will. Die Einnahmen aus der Rückkehrbesteuerung hingegen bleiben einmalig. Damit kann kein einziger Lehrer angestellt werden.
- Die Regierung will weiterhin umfassende Kontrollmitteilungen zu den privaten Vermögensverhältnissen der Bürger einführen und damit das Bankgeheimnis aufweichen, obwohl dies bei einer Abgeltungssteuer nicht notwendig wäre. So werden weitere Belastungen vorbereitet. Man bringt sozusagen schon einmal den Kleiderhaken in der Garderobe an, an dem dann ein neues Mitglied in der Steuerrunde seinen Mantel aufhängen kann. Viele Vermögende im In- und Ausland werden zu Recht vermuten, man wolle ihr Kapital nur zurücklocken, um in ein oder zwei Jahren doch mit der Vermögenssteuer zuzuschlagen. Denn der politische Lohn für die Wahlhelfer des DGB steht noch aus.

Ingrid Fischbach: "Die von uns unterstützte und schon vor den Wahlen geforderte **Abgeltungssteuer auf Zinserträge kann nur dann eine wirksame Maßnahme werden, wenn sie in einen allgemeinen, dauerhaften und verlässlichen Steuerensenkungskurs eingebettet ist.** Genau daran fehlt es bei Rot-Grün. Es zeigt sich: Das Vorhaben ist nur Stückwerk, gegriffen aus der Not, ohne dass eine wirtschaftspolitische Überzeugung dahinter steht." <<<



Hartz trägt Handschrift der CDU

▶▶ Die Union fährt den richtigen Kurs, wenn sie harte Kritik mit Zustimmung zu vertretbaren Kompromissen verbindet. Der große **Erfolg beim Vermittlungsverfahren zu den Hartz-Gesetzen** zeigt: Wenn wir konkrete, gut durchdachte Vorschläge entwickeln, wie zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik, können wir der Bundesregierung sehr erfolgreich Beine machen. Die **Durchsetzung wesentlicher Punkte unseres Regierungsprogramms** gelang.

Grundsätzlich: Bei den zustimmungspflichtigen Gesetzen ("Hartz II") konnte die Union über den Bundesrat mitwirken. Es sind Vermittlungsergebnisse erzielt worden, die gegenüber den ursprünglichen Gesetzentwürfen der rot-grünen Bundesregierung einen substantiellen Fortschritt darstellen. Die Union konnte wichtige Teile ihres Regierungsprogramms umsetzen:

- Bei geringfügiger Beschäftigung bis 400.- Euro zahlt der Arbeitgeber pauschal 25 Prozent Steuern und Sozialversicherung. Nebenjobs werden mit einbezogen.
- Im Niedriglohnbereich zwischen 401.- und 800.- Euro zahlt der Arbeitgeber 21 Prozent Sozialversicherungsbeiträge. Für die Arbeitnehmer steigen diese Beiträge linear von 4 auf 21 Prozent, damit sich Arbeit gegenüber dem Bezug von Sozialleistung lohnt. Es wird normal besteuert.



Spruch der Woche

"Um den Sozialstaat zu retten, muss man heute den Faktor Eigenverantwortung hinzufügen. Das ist allen klar, nur der SPD nicht.."

Freiburgs bündnisgrüner
Oberbürgermeister
Dieter Salomon,
Frankfurter Allgemeine
Sonntagszeitung
08.12.2002

- Haushaltsnahe Beschäftigung wird grundsätzlich wie geringfügige Beschäftigung behandelt; die Abgabepauschale beträgt hier nur 12 Prozent. Die steuerliche Absetzbarkeit wird neu geregelt, um zusätzliche Anreize für potentielle Arbeitgeber zu setzen.



Diese Mini-Job-Regelungen sollen zum 1.4.2003 in Kraft treten.

- Das Scheinselbständigengesetz wird aufgehoben.
- Das Brückengeld wird gestrichen.
- Der Große Befähigungsnachweis wird nicht angetastet.

Bei den nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwürfen ("Hartz II") konnte die Mehrheit des Bundestages den Einspruch des Bundesrates zurückweisen. Wir hatten dort keine Möglichkeit der korrigierenden Einflußnahme. Es bleibt bei den unzureichenden rot-grünen Regelungen (Personal-Service-Agenturen, Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, befristete Arbeitsverhältnisse).

Mit diesem an der Sache orientierten Kurs zeigt die Union: Wir betreiben keine Blockade. Wo wir nein sagen, handelt es sich wirklich um kompromissunfähigen Regierungsunfug. <<<

US- Überflugrechte und AWACS- Flugzeuge

▶▶ Der **Streit um US-Überflugrechte und AWACS-Flugzeuge mit deutscher Besatzung** hat in der Irak-Frage die allgemeine Verwirrung über den Regierungskurs andauern lassen. Interessant ist, dass der Außenminister seine eigene Partei darauf hinweist, dass es seiner Ansicht nach nicht mehr unbedingt einer zweiten Resolution für militärische Maßnahmen gegen den Irak bedürfe, die Befassung des UN-Sicherheitsrates könnte den völkerrechtlichen Anforderungen genügen.

Das ist zwar korrekt, aber Fischer muss dann den grünen Anhängern erklären, warum im Kosovo ein Einsatz deutscher Soldaten ohne UN-Mandat erlaubt war, und nun eine deutsche Beteiligung mit Mandat in jeder Hinsicht verwerflich sein soll. Der Bundeskanzler hingegen muss der deutschen Bevölkerung erklären, warum AWACS-Flugzeuge zum Schutz der Türkei im Konfliktfall keine Beteiligung deutscher Soldaten an einem Irakkrieg darstellen. Beim Verfahren vor dem BVerfG im Jahre 1993 hielt die klagende SPD die AWACS-Flüge über Ungarn mit Aufklärung nach Bosnien ausdrücklich für „Kampfeinsätze“, das BVerfG bestätigte dies.



Ingrid Fischbach: "Nun sollen die deutschen Besatzungen sozusagen die Augen abwechselnd schließen, wenn der Radarstahl die irakische Hälfte des Radarschirmes überstreicht, und wieder öffnen, wenn das türkische Territorium überwacht wird. Man muss es deutlich sagen: **De facto ist die Kanzlerhaltung nichts anderes als die Ankündigung, das letzte noch unversehrte Wahlkampfversprechen zu brechen.**" <<<

EU- Gipfel in Kopenhagen

▶▶ Der EU-Gipfel in Kopenhagen hat den Weg für die **Erweiterung der Europäischen Union** endgültig freigemacht. Die Union begrüßt diesen großen Schritt zur Vollendung der Einigung Europas. Er entspricht der politischen Zielsetzung, die CDU und CSU seit dem Fall der Mauer verfolgt haben.

Ebenso wichtig aber ist, dass nun die Vertiefung der Europäischen Union vorangetrieben wird. Einig wird Europa nur werden können, wenn es handlungsfähig bleibt. Wer die Zentrifugalkräfte stärkt, schadet der Europäischen Union ebenso wie derjenige, der zu Alleingängen neigt. Die Bundesregierung zeigt leider beide Schwächen.



Wußten Sie schon,

... dass die Tabakbauern in der EU jährlich 900 Millionen an Prämien kassieren? Mit neuen Zuschüssen will Brüssel die Tabakbauern nun zum Umsteigen auf andere Produkte bewegen. Das Geld stammt aus dem Tabaktopf: 27 Millionen Euro im nächsten Jahr.

Zwar ist sie in Kopenhagen mit ihrem Versuch gescheitert, einen Automatismus für den **EU- Beitritt der Türkei** zu verankern. Der am Ende gefundene Formelkompromiss ist jedoch gefährlich, weil er einerseits den Druck auf die EU erhöht, der Türkei auch ohne ausreichende Berücksichtigung der Kopenhagener Kriterien den Beitritt zu ermöglichen, und andererseits bei der Türkei in wenigen Jahren erhebliche Enttäuschung hervorrufen kann, wenn eine Zustimmung zum Beitritt nicht erfolgen sollte. <<<



Internationale Afghanistan- Schutztruppe

▶▶ Der Bundestag hat in dieser Woche die **Fortsetzung des Bundeswehreinsetzes im Rahmen der internationalen Afghanistan- Schutztruppe (ISAF)** beschlossen. Die Unionsfraktion trägt diese Mission mit. ISAF ist ein Beitrag zur politischen Stabilisierung der Region und verhindert damit die Neuerrichtung terroristischer Strukturen in Afghanistan.

Ingrid Fischbach: "Ungeachtet unserer grundsätzlichen Zustimmung dringen wir darauf, dass die Bundesregierung die bestmöglichen Vorkehrungen trifft, um im Falle einer Eskalation eine rasche und sichere Evakuierung unserer Soldaten aus Afghanistan gewährleisten zu können." <<<

Kassiert Eichel auf Kosten des Sports?

Über ein Münzprogramm sollen 25 Millionen Euro in den kommenden vier Jahren für die Fußball-WM 2006 bereitgestellt werden. Das Programm wird aber insgesamt 50 Millionen in die Kassen spülen wird. Im Sportausschuß haben wir jetzt Aufklärung über die "verschwundenen" anderen 25 Millionen Euro verlangt, die nach unserer Ansicht auch dem Sport zugute kommen sollen. Es ist nicht einzusehen, Daß hier der Finanzminister irgendwelche Löcher mit Sportgeldern stopft.



... das Allerletzte!

Eigentlich ist Berlin mit über 40 Milliarden Euro verschuldet. Dennoch verzichtet die Stadt darauf, Bundeszuschüsse von rund 150 Millionen Euro abzurufen, klagt der Bauindustrieverband Berlin- Brandenburg. Denn die Hauptstadt verzichtet auf vom Bund bewilligte Straßenprojekte. Überdies muss die Stadt womöglich 130 Millionen Euro zurückzahlen, die der Bund für den U-Bahnbau zwischen Alexanderplatz und Lehrter Bahnhof vorgestreckt hat. Auch das Projekt wurde gestrichen.